Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1927

17.9.1927 (No. 216)

Visual Library

№ 216 Samstag, den 17. September 1927 170. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrichstraße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

* Frankreich und die anderen

Die Frage nach der eigenen Machtstellung kann sich schließlich jeder Staat selber beantworten. Die Frage nach seiner Beliebtheit bei den andern wird er lediglich im Verkehr mit diesen anderen beantworten dürfen. Da aber auch die richtige Einschätzung der Macht von mancherlei außerhalb liegenden Faktoren abhängig ist, und zur Zeit kein einziger Staat auf der Erde eine klar anerkannte Suprematie ausübt, hat eine jede Nation Veranlassung genug, auf das Maß der eigenen Beliebtheit zu achten. Und, wenn ihr bei irgend einer großen Gelegenheit die Unbeliebtheit sozusagen aufs Butterbrot geschmiert wird, dann ist das, auch vom Standpunkt der politischen Interessen aus gesehen, gewiß nicht unbedenklich.

Es ist wohl nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß die **Beliebtheit Frankreichs**, die unmittelbar nach dem Weltkriege recht groß war, seitdem Schritt für Schritt **abgenommen** hat. Heute ist die Situation so, daß Frankreich eigentlich nirgends **wahre** Freunde besitzt. Denn die „Freundschaft" Polens und der Tschechoslowakei trägt deutlich das Zeichen der Erzwungenheit an der Stirne. Und im übrigen muß Frankreich diese „Freundschaft" teuer genug bezahlen. Mit **England** hat es sich nach einer Periode starker Entfremdung in der letzten Zeit wieder etwas mehr angebiedert. Aber die britische Politik ist viel zu kaltblütig und viel zu egoistisch, um sich in den Dienst der französischen Politik stellen zu lassen, zumal einer Politik, die von der öffentlichen Meinung der Welt nicht gebilligt wird.

Zwischen **Nordamerika** und **Frankreich** hat sich ein offenkundiger Gegensatz herauskristallisiert, der nur mit Mühe, wenigstens offiziell, latent gehalten wird. Die Volksstimmung zeigt uns am besten, woran wir sind: die Franzosen schimpfen auf die Amerikaner, und die Amerikaner mögen die Franzosen nicht. Und auch die offizielle Politik der Vereinigten Staaten von Nordamerika hat mehrfach, wenn auch in durchaus höflicher Form, Frankreich zu erkennen gegeben, daß man drüben einen Schuldner nicht gut verstehen kann, der trotz drückender Schuldenlast Milliarden und Milliarden für Rüstungszwecke ausgibt und mit seiner ganzen Haltung das schwerste Hindernis für eine wirkliche Abrüstung bildet.

Wie fatal die Beziehungen zwischen Frankreich und Italien sind, weiß man zur Genüge. Und erst dieser Tage wieder hat ein der Regierung in Rom nahestehendes italienisches Blatt rundheraus erklärt, Italien denke garnicht daran, Frankreich zu unterstützen, wenn es immer wieder versuche, den Völkerbund für seine **besonderen** Machtinteressen zu mißbrauchen.

Ein solcher Versuch liegt jetzt neuerdings wieder vor, und zwar in Form einer **Resolution**, die von **Paul Boncour** in der Dritten Kommission eingebracht worden ist, damit sie dann später der Vollversammlung zur Annahme unterbreitet werde. Diese Resolution würde, wenn sie der Völkerbund annähme, **hintenherum** die Friedensverträge verewigen und gewisse Bündnissysteme der Vorkriegszeit unter dem Schutz des Völkerbunds wieder aufleben lassen. Es ist selbstverständlich, daß sie abgelehnt werden wird. Gleichzeitig aber wird sie dazu beitragen, die Mitglieder des Völkerbunds von neuem über die Absichten der französischen Politik zu belehren. Wahrscheinlich ist der Wortlaut der Resolution zwischen Polen und Frankreich ausgeknobelt worden. Denn Polen hat trotz aller Nackenschläge die Hoffnung auf eine Art Ostlocarno noch immer nicht aufgegeben.

Inzwischen hat Frankreich auf der Völkerbundsversammlung selbst den deutlichsten Beweis dafür erhalten, daß es sich mit seiner bisherigen Politik **nicht beliebt** gemacht hat. Die Vollversammlung hat nämlich die **Wiederwahl Belgiens** in den Völkerbundsrat **abgelehnt.** Das bedeutet ganz zweifellos eine **Schwächung** des Einflusses, den Frankreich im Völkerbundsrat besitzt. Diese Schwächung ist umso augenfälliger, als auch die Tschechoslowakei einen nichtständigen Ratssitz nicht mehr besitzt. Die neu in den Völkerbundsrat gewählten Staaten sind Finnland, Kuba und Kanada. Kanada wird als britisches Dominion den englischen Einfluß verstärken, und die beiden andern neuen Ratsmitglieder werden sich vor allem einer wirklichen Neutralität befleißigen. Eine Politik der Neutralität schließt aber ein Eingehen auf Frankreichs Wünsche ganz von selbst aus.

Der Wahlakt wird trotz aller schönen Reden, welche die bittere Pille versüßen sollen, in Frankreich und Belgien politisch vollkommen richtig gewertet. Nur schlägt man nicht etwa reumütig an die eigene Brust, sondern sucht den Sündenbock wo anders. Und natürlich muß dabei Deutschland wieder herhalten.

Stresemann hat sich gestern mit Worten von erfreulicher Entschiedenheit **gegen die Polemik der Pariser Presse** gewandt. Dabei hat er betont, daß die Politik, die er in Genf vertrete, von den Oppositionsparteien sowohl, wie von den Regierungsparteien gebilligt würde; aber selbstverständlich dürfe man in Deutschland doch wohl noch von dem **Recht der Kritik** Gebrauch machen. Diese Kritik wäre schon längst verstummt, wenn man auf der Gegenseite aus der Locarnopolitik die gegebenen Konsequenzen gezogen hätte. **Die Fortdauer der Rheinlandbesetzung sei das größte Hindernis der Locarnopolitik!** Würde dieses Hindernis **rechtzeitig** beseitigt werden, dann gäbe es auch keinen Anlaß mehr für eine Kritik in Deutschland.

Es ist zu begrüßen, daß Stresemann sich derartig offen und ohne Umschweife ausgesprochen hat. Auch das **amtliche** Deutschland wird wohl von jetzt Frankreich immer wieder sagen, daß der Sinn der Locarnopolitik die Fortdauer der Rheinlandbesetzung **nicht** gestattet, und daß erst dann von einer vollen Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland gesprochen werden kann, **wenn der letzte französische (und belgische) Soldat deutschen Boden verlassen hat.**

Schiedsspruch mit der Reparationskommission

Das Schiedsgericht für die Auslegung des Sachverständigenplanes hat in seinem Spruch vom 29. Januar cr. die Frage der **Anrechnung** der von Deutschland wegen der **Liquidation des deutschen Eigentums** zu zahlenden Entschädigungen auf die **Jahresleistungen** verneint. In diesem Spruche ist aber darauf hingewiesen, daß die Frage offen bleibe, ob **Gutschriften,** welche Deutschland **nach dem 1. September 1924** für den Wert des liquidierten deutschen Eigentums gegeben worden sind, oder künftig gegeben werden, von den Jahresleistungen abzuziehen sind. Diese Frage und die im Zusammenhang damit stehenden Einzelfragen sollen nunmehr geklärt werden. Dadurch wird endgültig festgestellt werden, welche Möglichkeiten sich für eine Bereitstellung von **Entschädigungsbeträgen** aus den **Jahresleistungen** noch bieten. Demgemäß ist nunmehr ein Schiedsvertrag mit der Reparationskommission abgeschlossen worden, der das **neue Schiedsverfahren** vor dem Auslegungsschiedsgericht einleitet.

Annäherung Rußlands an Großbritannien?

Nach der Londoner „Westminster Gazette" erstrebe die **russische Regierung** einen **Pakt mit Großbritannien.** Das Blatt schreibt, es habe guten Grund zu der Annahme, daß die Sowjetregierung in nächster Zeit versuchen werde, Verhandlungen für die Wiederherstellung normaler Beziehungen mit England zu eröffnen. Die Grundlage für die Verhandlungen solle die Regelung der **Ansprüche der britischen Gläubiger** sein, wogegen die Sowjets hofften, britische Kredite zu normalen Sätzen für die russische industrielle Entwicklung zu erhalten. Augenblicklich werden offiziöse Sondierungen unternommen. Nach dem Monat Oktober, in dem die Sowjetbehörden hauptsächlich mit den Jahresfeiern der Revolution beschäftigt sein würden, werde die Frage aktiv verfolgt werden. Dieser Schritt sei zurückzuführen auf die gegenwärtige schwierige finanzielle Lage der Sowjets.

Die Wahlen in Irland

WTB. London, 17. Sept. (Tel.) Die bisher vorliegenden ersten Ergebnisse der **irischen Wahlen** lassen, wie die Blätter glauben auf einen **Sieg der Regierung Cosgrave** schließen. Die endgültigen Ergebnisse werden erst in der nächsten Woche feststehen. Präsident Cosgrave siegte in Kirk City mit 17 395 Stimmen über seinen republikanischen Gegner, der 11 608 Stimmen erhielt. Es wird erwartet, daß alle Minister der Cosgrave-Regierung ihre Sitze behalten werden. Die Wahl des Revolutionärs **Larkins** erregt großes Aufsehen. **Redmont** (Nationalliga) wurde gewählt, desgleichen die rechte Hand de Valeras, **Aiken.** — „Times zufolge beträgt die Wahlbeteiligung wahrscheinlich nicht mehr als 70 Proz. der Wählerschaft.

Der Reichspräsident in Ostpreußen. Dem in Markienen bei Bartenstein weilenden Reichspräsidenten **v. Hindenburg** brachten am Freitag abend die in der vaterländischen Arbeitsgemeinschaft Bartenstein zusammengeschlossenen Vereine einen Fackelzug dar. Heute, Samstag morgen begab sich der Reichspräsident von Bartenstein nach Graßnitz im Kreise Osterode.

Der frühere Reichsfinanzminister Reinhold wurde am Freitag in **Washington** von Präsident **Coolidge** empfangen, dem er durch den deutschen Geschäftsträger, Botschaftsrat Dr. Kiep, vorgestellt wurde. Zu Ehren Reinholds veranstaltete der Geschäftsträger ein Frühstück an dem führende amerikanische Persönlichkeiten teilnahmen.

Lüdemann Regierungspräsident von Lüneburg. Der Provinzialausschuß von Hannover hat nach einer Blättermeldung mit sieben gegen sechs Stimmen dem Vorschlag des preußischen Staatsministeriums zugestimmt, den früheren sozialdemokraischen preußischen Finanzminister Hermann **Lüdemann** zum Regierungspräsidenten zu ernennen.

Genfer Probleme

II.

Bevölkerungspolitik

Die Zeit internationaler Organisation gibt Veranlassung, die Bevölkerungsfragen für die ganze Erde zu stellen; dies wurde in Genf auf dem **Weltbevölkerungskongreß** vom 31. August bis 3. September versucht und eine Union für diese Ziele gegründet.

Die ältesten Angelegenheiten der Menschen können immer wieder in neue Fragestellungen eingeschlossen oder mit ganz bestimmten Interessen verknüpft werden. Die Bevölkerungspolitik hat stets eine Rolle gespielt, denn sie sollte die Entwicklung eines Volks dem auf friedliche oder kriegerische Weise zur Verfügung stehenden Raum anpassen. Aus der jüngsten Vergangenheit haben wir für den Ernst dieser Probleme mehrere Beispiele: Frankreichs Bevölkerung bleibt seit Jahrzehnten fast auf dem gleichen Stand und glaubt sich um so mehr durch die immer wachsende Volksmenge Deutschlands bedroht. Die Vereinigten Staaten haben vor kurzem aus bevölkerungspolitischen Gründen eine starke Beschränkung der Einwanderung durchgeführt.

Auf dem Kongreß wurden von Gelehrten vieler Länder die biologischen, medizinischen und wirtschaftlichen Seiten des Problems behandelt. Es mußte auffallen, daß die Organisatoren und einige Redner der neomalthusianischen Schule angehörten. Vor 100 Jahren sprach der Engländer **Malthus** den pessimistischen Lehrsatz aus, daß die Bevölkerung sich im Verhältnis schneller steigere als der Nahrungsvorrat und man folgerte daraus, daß die Geburtenzahl verkleinert werden müsse. Auf dem Genfer Kongreß wurden die Mittel verschiedener Wissenschaften aufgeboten, um ähnliche Sätze bestätigen zu lassen. In eigenartiger Weise versuchte der amerikanische Professor **Pearl** durch biologische Untersuchungen den Bevölkerungszuwachs vorauszubestimmen; danach muß bei größerer Dichtigkeit die Geburtenrate fallen und die Sterberate steigen. Aus der Diskussion ergab sich aber, daß Experimente noch nicht zur Übertragung auf menschliche Verhältnisse berechtigen. Die **Biologie** darf, wenn sie tendenzfrei sein will, vorläufig höchstens zu Teilen, jedoch keinesfalls zum Ganzen dieser Fragen beitragen; dies ist in Genf mit beachtlichem Material zur Ergänzung der **wirtschaftlichen** Betrachtungsweise geschehen.

Der amerikanische Soziologe **Fairschild** schlug vor, vom Lebensstandard aus ein **„Optimum"** der Bevölkerung zu errechnen, wobei er sehr stark an amerikanische Begriffe denkt. Prof. **East** von der Havard Universität (dessen ebenso malthusianisch gerichtetes Buch in manchen Kreisen Aufsehen erregt haben soll) faßte diese Ansicht in die Worte: „Das Ideal ist ein künstlich standardisiertes Optimum der Bevölkerung, bei der Krankheit und Elend abnehmen, Sonnenschein und Glück zunehmen." Dieser mit so wohltuenden Worten empfohlene „Standard" bedeutet für ihn aber nichts anderes als **Bevölkerungsbeschränkung.** Den europäischen Staaten wirft er Übervölkerung vor, die „etwas grundlegend Ungesundes" bedeute.

Solche schlecht verkleideten Annahmen zwingen **Europa** keineswegs, von dem bisherigen Ideal einer stetigen **Bevölkerungszunahme** plötzlich abzugehen. Unsere Kultur- und Wirtschaftsverhältnisse unterscheiden sich zu sehr von den amerikanischen, als daß ein Lebensideal einfach übertragen werden könnte. Angelsächsische Bevölkerungslehren dürfen wir nicht verallgemeinern; denn sie entspringen in erster Linie der amerikanischen Angst, vor der Volksausdehnung Italiens, Japans usw. Europäische Kongreßteilnehmer haben deshalb im Gegensatz dazu ein Internationales Schutz-Komitee gegründet.

Unter den anderen Arbeiten des Kongresses ist ein wichtiger Beitrag des Direktors des Internat. Arbeitsamtes, **A. Thomas,** hervorzuheben, der die Organisation der **Wanderungen** behandelte. Von Genf aus übt zwar schon der private „Internationale Wanderungsdienst" eine weitverzweigte Tätigkeit aus. Thomas verlangt nun eine systematische Aktion; jeder Staat behandelte bisher die Fragen der **Aus- und Einwanderung** im Rahmen seiner nationalen Politik und vergrößerte dadurch oft die Spannungen in seinen Beziehungen zu andern Ländern. Der „Bevölkerungstausch" von Bulgarien und der Türkei mit Griechenland ist schon ein Beispiel fortschrittlicher Regelung; mehrere Länder haben entsprechende Abmachungen getroffen, nachdem verschiedene Genfer Kon-

ferenzen sich damit befaßt hatten. Eine internationale Organisation soll vor allem nach Thomas' Grundsatz arbeiten, „daß die Idee der unbedingten Freizügigkeit den Bedingungen der modernen Welt nicht mehr entspricht." Wenn man nicht eingreife, würden in naher Zukunft neue Kriege und vielleicht schrecklichere als die vergangenen heraufbeschworen. Die Wanderungen sind, wie mit Recht auf dem Kongreß betont wurde, nicht nur die Folge von Übervölkerung, sondern ebensosehr von Arbeitsteilung zwischen den Nationen. In manchen Gegenden könnte daher die Arbeitslosigkeit vermindert werden, sobald sich jedes Land der für es am meisten entsprechenden Produktionstätigkeit angepaßt hat. Diese und viele andere Fragen sind noch auf dem Weg der Zusammenarbeit zu behandeln. Damit wird der Bevölkerungspolitik mehr genützt werden können, als durch den Aufwand an amerikanischer Theorie, die den ersten Bevölkerungskongreß allzu sehr bestimmt hat. Fr. Br.

Politische Neuigkeiten

Nach den Wahlen im Memelland

Litauen versucht weiter, auf alle Weise den Zusammentritt des neugewählten Landtages im Memelland **hinauszuzögern.** Nachdem zuerst erklärt wurde, daß die im Memelstatut vorgesehene Frist von fünfzehn Tagen von der offiziellen Verkündigung des Wahlergebnisses an zu gelten habe, verlautet späterhin, daß an eine Einberufung des Landtages erst gedacht werden könne, wenn alle Wahlproteste erledigt seien. Eine solche Auffassung ist natürlich völlig unhaltbar und wird von deutscher Seite mit aller Entschiedenheit bestritten. Aus dem **Memelstatut** geht einwandfrei hervor, daß der Landtag fünfzehn Tage nach erfolgter Wahl zusammenzutreten hat. Mit der Frage des Landtagszusammentritts hängt auch die der **Zusammensetzung des neuen Direktoriums,** der Regierung des Memellandes, zusammen. Woldemaras hat in Genf seinerzeit die Erklärung abgegeben, daß im Memelgebiet nach den Grundsätzen der Demokratie regiert werden soll. Demgemäß müßte angesichts des jetzigen Wahlergebnisses unbedingt ein **Angehöriger der deutschen Parteien** vom Gouverneur ernannt werden. Der neuernannte Präsident des Landesdirektoriums hätte dann die Mitglieder des Landesdirektoriums zu ernennen. Von litauischer Seite wird aber jetzt die Ansicht verfolgt, an dem bisherigen Präsidenten **Schwellnus,** einem ausgesprochenen Großlitauer festzuhalten. Für den Fall, daß Schwellnus abgelehnt wird, soll der jetzige litauische Landrat von Heydekrug, der berüchtigte **Simonaitis,** einer der bekannten Urheber des Litauereinfalls 1923, zum Präsidenten ernannt werden. Eine Ernennung der beiden Persönlichkeiten würde natürlich dem Wahlergebnis glatt ins Gesicht schlagen. Außerdem verlangen die Großlitauer eine Zusammensetzung des Direktoriums derart, daß von den fünf Mitgliedern mindestens zwei Litauer sein sollen, von den drei Deutschen wird je ein Vertreter der Volkspartei, der Landwirtschaftspartei und der Sozialdemokratie zugestanden.

*

Nach einer Meldung aus **Berlin** ist in Aussicht genommen, nach Eintreffen des litauischen Ministerpräsidenten **Woldemaras** in Berlin die Diskussion welche in Genf gepflogen worden ist, fortzusetzen. Das Ergebnis dieser Besprechungen soll, wie gemeldet, in einem **Protokoll** fixiert werden, also in einem diplomatischen Schriftstück, das vielleicht einen Notenwechsel ersetzt, vielleicht auch eine stärkere Bindung darstellt als ein Notenwechsel. Es wird sich dabei um den Gesamtkomplex der mit Litauen zu erörternden Fragen handeln, also auch um die Memelfrage.

Der Konflikt zwischen dem Parlament und der Regierung in Polen

Der schon seit Monaten andauernde Konflikt der polnischen Regierung und der Volksvertretung hat sich abermals verschärft. Eine sogenannte aus Senatoren und Sejmabgeordneten zusammengesetzte Verständigungskommission hat in der Frage des Auflösungsrechtes beschlossen, daß, wenn in einer der beiden Volksvertretungen der Auflösungsbeschluß mit qualifizierter Mehrheit fällt, auch das andere Haus als aufgelöst gelten soll. Dieser Beschluß, der eine Verfassungsänderung bedeute soll nur auf die gegenwärtige **Volksvertretung** Anwendung finden. In der Regierungspresse wird gegen diesen Beschluß der Kommission eine sehr starke Sprache geführt und die Hoffnung ausgesprochen, daß er in den Häusern nicht durchgehen wird, da sonst der Staatspräsident eingreifen müßte.

Immer noch 170 000 stellenlose Angestellte. Nach einer statistischen Mitteilung befinden sich noch immer etwa 170 000 stellenlose Angestellte in Deutschland, das bedeutet, daß von rund 450 000 Arbeitslosen in Deutschland mehr als ein Drittel Angestellte sind.

Konzert der Kuban-Kosaken

Einen ersten, freilich noch etwas verfrühten Vorstoß ins neue winterliche Konzertland hat der **Kuban-Kosaken-Chor** gewagt, diese nun ebenfalls seit geraumer Zeit die Welt durchreisende südrussische Sangesvereinigung, die unter ihren schwarzen Kitteln noch ebensoviel barbarische Wudheit wie östliche Sentimentalität verbirgt. Bestaunen mußte man daher auch bei ihrem diesmaligen Besuch vor allem wieder die Echtheit, Unverfälschtheit der Darbietungen aus religiöser, weltlicher oder typisch nationaler Kunst. Mit der Sensation jedoch, die vor wenigen Jahren noch diese und ähnliche Verkünder slawischer Klänge überall empfing, scheint es endgültig vorbei. Die Reihen ihrer auswärtigen Freunde haben sich schon merklich gelichtet, und bald wird wohl der Tag kommen, von dem an für ein so vielköpfiges Ensemble die Existenzmöglichkeit in fremden Konzertsälen voraussichtlich ganz aufhört. Mancher wird das zwar aufrichtig bedauern, denn inzwischen haben sich ihre Vorträge so sehr vervollkommt, daß es auch rein künstlerisch ein großer Genuß ist, ihnen zu lauschen. Andererseits muß man aber doch offen sagen, daß ihre ewig gleichen Programme inzwischen viel von ihrem ursprünglichen Reiz eingebüßt haben. Könnten diese überhaupt auch wenn man sie aus dem unerschöpflichen Reservoir nationalrussischer Folklore frisch auffüllt, für uns je wieder so aktuell werden? Ich glaube es kaum, nachdem im Wandel der Erscheinungen sich unser Ohr, sofern es Außenklänge aufnehmen will, heute doch lieber westlich orientiert und der — Negerrhythmik sich zuneigt. H. Sch.

Badische Sezession. Am 1. Oktober wird im Kunstverein in **Freiburg** im Breisgau aus Anlaß seines 100jährigen Jubiläums die erste Ausstellung der im März d. J. gegründeten Badischen Sezession eröffnet.

Die Genfer Völkerbundstagung

Ein französischer Schachzug

Im Abrüstungsausschuß des Völkerbundes brachte der französische Delegierte **Paul Boncour** einen Entschließungsantrag ein, worin der Völkerbundsversammlung der Abschluß von Schiedsgerichten empfohlen wird. Gleichzeitig wird der Rat gebeten, den Abrüstungsausschuß damit zu beauftragen, einen Vorentwurf zur Verminderung der Rüstungen und die Maßnahmen zu prüfen, die geignet sind, allen Staaten die notwendigen Sicherheitsgarantien zu geben, um ihnen die Festlegung der Höhe ihrer Rüstungen auf niedrigster Ziffer in einem internationalen Abrüstungsvertrag zu erlauben.

Der Antrag ist für Deutschland besonders gefährlich, weil er als hauptsächlichstes Ziel einen Beschluß des Völkerbundes verlangt, durch den offiziell anerkannt werden soll, daß die völlige **Vernachlässigung** der in den Völkerbundssatzungen enthaltenen Abrüstungsabsichten **berechtigt** sei, solange nicht durch **Ausdehnung des Locarno-Systems** die sogen. Sicherheit geschaffen ist. Der deutsche Delegierte Graf Bernstorff hat bereits am Mittwoch nachgewiesen, daß diese französische These nichts anderes sei, als eine **beabsichtigte Verzögerung der Abrüstung.**

Den Ausführungen Boncours war eine sehr wirksame Rede des schwedischen Delegierten **Sandler** vorangegangen, der **zuerst Abrüstung** forderte, um eine gewisse Gleichheit herzustellen. Graf **Bernstorff** stimmte den Ausführungen Sandlers in wenigen Sätzen wärmstens zu.

Paul **Boncour** meinte dann, die Sicherheit sei eine unerläßliche Voraussetzung der Abrüstung für die meisten Staaten, und nur die Verwirklichung dieses Wunsches könne allein die Möglichkeit geben, die Erfüllung der Forderung zu ermöglichen, die Graf Bernstorff als der Gläubiger immer wieder vorbringe und die ihm so berechtigtermaßen am Herz liege. Er lehnte den Gedanken eines kontinentalen Genfer Paktes ab, denn die Universalität sei unerläßlich. Trotzdem könne man Europa, das besonders gefährdet sei, im Auge haben und Vereinbarungen grundsätzlich für die anderen Mächte offenhalten. Es gebe auch eine Unterschiedlichkeit der Garantien dem Grade nach, ohne daß sie deshalb an sich Wert einbüßten. Jede Garantie sei besser als nichts. In Übereinstimmung mit der Frage selbst forderte er schließlich, daß die Sicherheit durch die Arbeiten des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses ausreichend gewährleistet sei, wenn die Abrüstungskonferenz ihre Arbeiten aufnehme.

Die 47. Ratstagung

WTB. **Genf,** 17. Sept. (Tel.) In der Geheimsitzung, mit der die **47. Ratstagung** heute eröffnet wurde, erklärte das chinesische Ratsmitglied **Wang,** daß er nach dem Beispiel Dr. Stresemanns im vorigen Jahre darauf verzichte, den alphabetisch ihm zustehenden Vorsitz zu übernehmen und den bisherigen Vorsitzenden bitte, die Tagung weiter zu leiten, er werde dann im Dezember den Vorsitz des Rates übernehmen. Sodann begrüßte der Vorsitzende die neueingetretenen Ratsmitglieder, den Berliner kubanischen Gesandten **Agüeroy Betancourt,** den finnischen Außenminister **Voiannaa** und den kanadischen Staatsminister **Dandurand.** Nach Genehmigung der Tagesordnung für die neue Session beantragte **Chamberlain** die Absetzung des finnischen Antrages auf Herabsetzung der Zahl der jährlichen Ratstagungen von vier auf drei auf die Dezembertagung. Der Rat beschloß dementsprechend und nahm auch die Vertagung des **Salamisfalles** bis Dezember in Aussicht, falls die überfüllte Tagesordnung die Erledigung in der jetzigen Tagung nicht mehr zulasse.

In der anschließenden **öffentlichen Sitzung** begann der Rat zunächst mit der Behandlung des **rumänisch-ungarischen Streitfalles,** dessen Erledigung durch eine Verständigung zwischen beiden Parteien angestrebt wird und derzufolge der Rat Rumänien auffordert, seine aus dem ungarisch-rumänischen Schiedsgericht zurückgezogenen Schiedsrichter wieder in das Schiedsgericht zu entsenden.

Stresemann an die Weltpresse

Bei einem Tee, den Reichsminister Dr. **Stresemann** Freitag nachmittag den Vertretern der Weltpresse in Genf gab, machte der Minister eine Reihe von **Ausführungen grundsätzlicher** Art zu den Vorgängen im Völkerbund während der gegenwärtigen Tagung.

Der Minister stellte sich in bezug auf die eingebrachten **Vorschläge,** vor allem **Polens** und **Hollands** auf den Standpunkt, daß eine feierliche Erklärung in jedem Falle zur Befestigung des Weltfriedens beitrage. Er verwies dann auf den Entschluß Deutschlands zur Annahme der **Fakultativklausel für den Weltgerichtshof** als Beweis dafür, daß es sich nicht mit bloßen Worten begnüge und sprach die Hoffnung aus, daß andere Länder diesem Beispiel folgen werden. In **scharfer Abwehr** der von französischen Blättern gepflogenen mißbräuchlichen Ausnutzung unverantwortlicher und nicht einmal auf deutschen Boden und in Unkenntnis des heutigen Deutschland geschriebener Artikel, wie der berüchtigten der **„Menschheit",** entwickelte er den Gedanken, daß eine in der Delegation und im Volke gleichermaßen von allen großen politischen Parteien einschließlich der oppositionellen vertretene Politik als die **allein maßgebende Grundlage** für die Beurteilung des deutschen politischen Wollens angesehen werden müsse. Über die Nuancen, Form, Ausdruck und Maß wird gestritten, aber nicht über die Grundlage dieser Politik. Er verwies mit nachdrücklicher Betonung darauf, daß die innere Entwicklung Deutschlands zu dieser Politik eine noch schnellere und intensivere hätte sein können, wenn von Anbeginn an ein planmäßiger Abbau der moralischen und materiellen Belastungen erfolgt wäre, wie sie die **Rheinlandbesetzung** noch immer darstellt.

Der Minister wies die Auffassung zurück, als ob die Besprechung der **Locarnomächte** gelegentlich der Völkerbundstagung eine Beeinträchtigung der Völkerbundsarbeiten bedeuteten oder als ob die kleinen Mächte auf eine Statistenrolle beschränkt werden sollten. Deutschland werde sich stets für die Betonung der demokratischen Prinzipien des Völkerbundes einsetzen. Mit dem Ausdruck des lebhaften Bedauerns über das Ausscheiden von Männern wie Benesch und Vandervelde verband der Minister den Wunsch, daß künftig bei den Ratswahlen neben dem Lande auch die Persönlichkeit stärker in Betracht gezogen werden möge. Bezüglich der **Abrüstungsfrage** unterstrich der Minister mit aller Deutlichkeit, daß Deutschland als das Land, „das der Sicherheit am meisten bedürftig", sich weiterhin im Sinne einer entschiedenen Förderung dieser Aufgabe bemühe und mit jedem zusammenwirken werde, der dem gleichen Ziele zustrebe. **„Der Stand der Abrüstungsfrage ist durchaus unbefriedigend",** erklärte Dr. Stresemann, „und auch wohl für diejenigen, die für die ganz abgerüsteten Staaten das Wort führen." Er fügte hinzu, daß zur Abrüstungsfrage voraussichtlich ein Mitglied der deutschen Delegation in der Vollversammlung den positiven Standpunkt vertreten werde.

Schließlich kam der Minister auf die heute auf der Tagesordnung des Rates stehende Frage des **ungarisch-rumänischen Konfliktes** zu sprechen, der mit dem Gebiete des Minoritätenschutzes eine der größten Aufgaben des Völkerbundes darstelle. Dr. Stresemann sprach die Hoffnung nach einer zufriedenstellenden Lösung aus.

Auf die Frage eines französischen Journalisten, ob Deutschland die Absicht habe, in Genf auf Grund des Artikels 19 der Völkerbundssatzung die Frage der **Rheinlandräumung** aufzurollen, erwiderte der Minister, daß diese Angelegenheit bislang im Rahmen der Locarnomächte verhandelt worden sei, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sie im gleichen Rahmen einer zufriedenstellenden Lösung entgegengeführt werde.

*

Reichsminister Dr. **Stresemann** hatte Freitag mittag in Genf eine etwa einstündige Unterredung mit dem britischen Außenminister **Chamberlain.** Darauf gab Stresemann im Hotel Metropole ein Frühstück für die Mitglieder des Völkerbundsrates und eine Anzahl anderer Delegierter des Völkerbundes.

Einweihung des Universitätsinstituts für internationale Politik

Der schweizerische Bundesrat und die Kantonal- und städtischen Behörden von Genf hatten für Freitag abend die in Genf anwesenden Vertreter der fremden Mächte, die Presse und einen Kreis ausgewählter Personen zu einer Festlichkeit in die Räume des Theaters eingeladen. Es galt der Einweihung des in Genf **neugegründeten Instituts für internationale Politik.** Bei der Veranstaltung sprachen: der schweizerische Bundespräsident, Loucheur, Cecil Hurst, De Brouckère und Reichstagsabg. Dr. Breitscheid, der mit seinen, in deutscher Sprache vorgetragenen Ausführungen über Grundgedanke und Aufgaben einer solchen internationalen politischen Hochschule besonders reichen Beifall erntete. Ein Gesellschaftsabend im Foyer des Theaters, der glanzvoll verlief, schloß sich an.

Das Besoldungsgesetz vom Reichskabinett verabschiedet. Das Reichskabinett hat in den Beratungen am Freitag den Entwurf des Besoldungsgesetzes endgültig verabschiedet. Man hat also nicht, wie es zuerst hieß, die Rückkehr der Minister Stresemann und Curtius abgewartet. Die Sitzung zog sich bis in die späten Abendstunden hin. — Heute ist das **preußische Kabinett** wieder zusammengetreten, um neben den Besoldungsfragen auch die Abänderungsvorschläge zu erörtern, die das preußische Staatsministerium zum Reichsschulgesetz im Reichsrate einbringen will und die bis spätestens Dienstag der nächsten Woche überreicht werden sollen.

Gedenkfeier zu Rathenaus 60. Geburtstage. Wie der „Demokratische Zeitungdienst" erfährt, beabsichtigt die Rathenaustiftung zum 60. Geburtstag des Walter Rathenau am 29. September im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrates zu Berlin eine Erinnerungsfeier zu veranstalten. Bei dieser Feier wird auch Reichskanzler Dr. **Marx** das Wort ergreifen. Es steht auch weiter in Aussicht, daß bei der Feier auch **Gerhart Hauptmann** und Professor **Scheler** und der demokratische Reichstagsabgeordnete **Dernburg** sprechen werden.

Hindenburgspende des Berliner Magistrats. Nach einem Beschluß des Magistrats Berlin soll das neu zu errichtende Stift in der Schönholzer-Heide den Namen Hindenburg-Stift erhalten. Dem Reichspräsidenten werden darin 30 Zimmer mit Küche zur Unterbringung von 30 Männern und Frauen oder Ehepaaren, die in Berlin wohnberechtigt sind, zur Verfügung gestellt. Dem Reichspräsidenten werden ferner 100 Neubauwohnungen für Kriegsbeschädigte mit einem Mietszuschuß von 300 *RM* je Wohnung zur Verfügung gestellt.

Amerikanische Gabe für die Hindenburgspende. Dr. med. h. c. Henry **Heide** aus Neuyork, einer der größten Bonbonsfabrikanten Amerikas, der vor wenigen Tagen vom Reichspräsidenten empfangen worden war, und dem zu Ehren der Reichskanzler ein Frühstück gegeben hatte, hat dem Reichskanzler kurz vor seiner Abreise aus Deutschland mit dem Danke für die herzliche Aufnahme einen bedeutenden Geldbetrag für die Hindenburgspende übersandt. Bekanntlich hat Henry Heide als **gebürtiger Westfale** sich sowohl während des Krieges wie in der Nachkriegszeit große Verdienste namentlich um die durch die Quäker organisierte deutsch-österreichische Hilfe erworben.

Der abgesagte Caritaskongreß. Der „Elsässer" beschäftigt sich in einem längeren Aufsatz „Feststellungen und Zurückweisungen" mit dem abgesagten internationalen Caritaskongreß, der in den nächsten Wochen hätte in **Straßburg** stattfinden sollen. Man kann daraus entnehmen, daß einflußreiche Kreise aus politischen Gründen auf die kirchlichen Behörden einen Druck ausgeübt haben, daß der Kongreß, zu dem ja auch hohe deutsche Würdenträger kommen sollten, nicht in Straßburg abgehalten würde, sondern in einer Stadt jenseits der Grenze. Der Artikel schließt mit den Worten: „Der Straßburger Kongreß ist und bleibt tot; denn Erfahrungen, wie sie der Straßburger Caritasverband gemacht hat, macht man im Leben nur einmal."

Der deutsche Sprachunterricht im Elsaß. Wie die Pariser Blätter aus **Straßburg** berichten, ist durch den Rektor der Straßburger Universität der deutsche Sprachunterrncht in den Volksschulen neu geregelt. Der deutsche Sprachunterricht, der bisher mit dem dritten Schuljahre begann, wird künftig vom zweiten Vierteljahr des zweiten Schuljahres an erteilt werden. Das Deutsche soll ferner bei den Abschlußprüfungen der Volksschule berücksichtigt werden. Es soll eine schriftliche und eine mündliche Prüfung stattfinden, die für die Gegenden mit deutschem Sprachgebrauch obligatorisch, für die übrigen fakultativ ist.

Die Lage des Schweizerischen Arbeitsmarktes. Nach den vom Eidgenössischen Arbeitsamt herausgegebenen sozialstatistischen Mitteilungen waren Ende August bei den öffentlichen Arbeitsämtern 8854 Stellensuchende eingeschrieben gegenüber 8404 Ende Juli 1927 und 11 818 Ende August 1926. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitsgelegenheiten betrug Ende August 2880 gegenüber 2739 Ende Juli d. J. und 1969 Ende August 1926. Die leichte Zunahme der Zahl der Stellensuchenden ist saisonmäßig bedingt, sie betrifft vor allem die Landwirtschaft, die Textilindustrie, das Metallgewerbe, die Handlanger und die Taglöhner.

Der Verein für das Deutschtum im Ausland hält vom 16. bis 19. September seine Herbstagung im Ostmarkstadion zu **Frankfurt**/Oder ab.

Die Versailles-Interessenten. Nach Prager Blättermeldungen wird Ende Oktober in **Prag** eine Konferenz von Parlamentariern aus der Tschechoslowakei, Jugoslavien, Frankreich, Rumänien und Polen zur Gründung einer neuen interparlamentarischen Union evtl. unter Einschluß Belgiens abgehalten werden.

Ein neuer polnisch-litauischer Zwischenfall. Wie eine aus polnischer Quelle stammende Nachricht besagt, überschritt am 15. Sepember ein litauischer Gendarm die polnische Grenze um 40 Meter. Von zwei polnischen Soldaten aufgefordert, die Waffen abzulegen, legte er auf einen der beiden Soldaten an, worauf er von dem andern erschossen wurde.

Franz Haniel & Cie. G.m.b.H. Kaiserstraße 231 Fernruf 4855/56
Großhandel — Erstklassige Ruhrkohlen, Koks, Briketts — 671 — Kleinhandel

Kurze Nachrichten

Dr. Luther Mitglied der DVP. Reichskanzler a. D. Dr. **Luther** ist der Ortsgruppe Essen der Deutschen Volkspartei als Mitglied beigetreten.

Verbotene Schauflüge. Wie die wissenschaftliche Gesellschaft für Luftschiffahrt mitteilt, sind die anläßlich der Tagung der wissenschaftlichen Gesellschaft für Luftfahrt in **Wiesbaden** beabsichtigten Schauflüge von der Rheinlandskommission verboten worden.

Keine Beteiligung des Reichsbanners an der Tannenbergfeier. Die Vertreter aller republikanischen Parteien im Gauvorstand Ostpreußen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold haben, wie die „Voss. Ztg." erfährt, nach eingehenden Beratungen einstimmig die Beteiligung des Reichsbanners an der am kommenden Sonntag stattfindenden Tannenbergfeier abgelehnt. Die Vertreter aller drei Reichsbannerparteien waren darin einig, daß eine Spalierbildung für Ludendorff nicht in Frage kommen könne.

Verhandlungen wegen einer preußischen Anleihe in Amerika. Wie WTB.-Handelsdienst auf Anfrage von der Preußischen Staatsbank erfährt, verhandelt die Preußische Staatsbank für den preußischen Staat in Amerika wegen einer 6 prozentigen Anleihe im Betrage von etwa 30 Millionen Dollars. Gerüchtweise verlautet von einem Ausgabekurs von 96½ bis 97 Prozent.

Dr. **Dinghofer österreichischer Justizminister.** Der österreichische Nationalrat ist Freitag nachmittag zu erster Sitzung nach der Sommerpause zusammengetreten. Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung die Wahl des Justizministers. In namentlicher Abstimmung wurde Dr. **Dinghofer** mit 80 gegen 65 Stimmen zum Justizminister gewählt.

Argentinien und der Völkerbund. Die Zeitung „La Nation" in Buenos Aires erfährt, daß im Verlaufe der bevorstehenden außerordentlichen Tagung des Kongresses die Frage der Wiederbeteiligung Argentiniens am Völkerbund erörtert werden würde.

Badischer Teil

Von den Schwierigkeiten der oberrheinischen Schiffahrt

berichtet in einem anschaulichen Brief aus Breisach ein Fachmann in der „Neuen Züricher Zeitung", der die bekannte Fahrt auf dem Strom in Anschluß an die Tagung des schweizerischen Verbandes mitgemacht hat. Von der Isteiner Schwelle sagt er, früher habe sie noch leichtes Wellengekräusel angezeigt, jetzt aber mache sie sich durch eine Gewoge bemerkbar. „Noch ein Jahrzehnt mehr, und es könnte sich hier ein Rheinfall „en miniature" bilden. Wir vernehmen aber, daß diese Schwelle von Istein nicht einmal das ärgste Fahrthindernis zwischen Basel und Straßburg darstellt, sondern daß die Versandungen und Verkiesungen unterhalb der Stadt Breisach bis Straßburg, besonders im unteren Drittel, noch viel schlimmer sind. In Breisach mußte der Schiffskapitän auch die Schwierigkeiten des Anlegens an einem Orte ohne Hafenanlage vor Augen führen. Das Wasser schießt an den Ufern so vehement vorbei, so daß das Anlegen nicht leicht ist. Auch das Wendemanöver im Strom von Breisach mußte einer großen Kiesbank wegen verlegt werden.

Der schweizerische Fachmann erwähnt das hochgespannte Interesse, mit dem im Breisgau die weitere Entwicklung der Dinge am Oberrhein verfolgt wird: „Die Trockenlegung von Flußnebenarmen scheint mit ihren Folgen, Senkung des Grundwasserspiegels und Verarmung des Pflanzenschmuckes, den Anwohnern ein Vorspiel zu sein der Dinge, die da kommen werden, wenn der große Kanal die Rheinwasser absorbiert". Und sehr richtig bemerkt er, wenn die Schweiz mit der Rheinregulierung ein Schiffahrtsproblem vor sich habe, werde sie für die Republik Baden und damit für Deutschland zu einer Bebauungs- und Besiedelungsfrage". Ein kleiner Trost für die badischen Interessenten mag schließlich die Folgerung dieses schweizerischen Fachmannes sein, an dem französischen Seitenkanal würden für Frankreich sich derart umfangreiche und kostspielige Dichtungsarbeiten ergeben, daß es sich gerne wieder mit dem eigentlichen Regulierungsproblem befassen werde. Jedenfalls habe die Schweiz keinen Anlaß, von der Verfechtung ihres Standpunktes der Regulierung abzulassen.

Zur Frage der Erleichterung des deutsch-elsässischen Grenzverkehrs

Über die Frage der Erleichterung des Grenzverkehrs wird den Straßburger Blättern mitgeteilt: Bürgermeister **Peirotes** hat beim französischen Außenministerium neue Schritte zwecks Erleichterung des Grenzverkehrs und Öffnung der Grenzen unternommen. Vom Generalsekretär **Berthold** im Außenministerium ist nun die Antwort eingelaufen, die besagt, daß keine besondere einschränkende Bestimmung für den Personenverkehr zwischen Elsaß-Lothringen und Deutschland besteht, der nur dem Vorzeigen eines Nationalpasses unterliegt mit dem Visum der Behörden des Landes, in das der Inhaber sich begibt. Was den **Grenzverkehr** betreffe, so arbeite das Außenministerium gegenwärtig an der Aufstellung eines Regimes, das Gegenstand von **Verhandlungen** mit der **deutschen Regierung** bilden wird, um den Grenzverkehr für Personen und Waren zu erleichtern. Es wird versichert, daß in allen anderen Punkten nach annehmbaren Lösungen gesucht wird, um den wirtschaftlichen Aufschwung von Elsaß-Lothringen zu erleichtern.

Neue Marken in der Angestelltenversicherung

Mit Wirkung vom 1. Oktober 1927 werden, wie bereits mitgeteilt, neue, technisch verbesserte Marken der Angestelltenversicherung ausgegeben, die von den jetzigen Marken auch im Aussehen völlig abweichen. Die Gültigkeitsdauer läuft mit dem 30. September 1927 ab. Sie dürfen also für die Zeit nach dem 30. September 1927 nicht mehr verwendet werden. Die alten Marken werden sowohl von der Post wie auch von der Reichsversicherungsanstalt nur bis einschließlich 30. September 1927 abgegeben. Wer nach diesem Zeitpunkte noch für die Zeit vor dem 1. Oktober zu entrichten hat, erhält nur noch die neuen Marken. **Es ist ratsam, etwaige Beitragsrückstände noch vor dem 1. Oktober 1927 zu beseitigen.** Alte unbeschädigte Marken können, soweit für die Zeit vor dem 1. Oktober 1927 eine Verwendungsmöglichkeit nicht mehr vorhanden ist, bei der Post bis zum 31. Dezember 1927 umgetauscht werden.

Ein Führer von St. Martin. Unter Mitwirkung der Gemeindeverwaltung, des Pfälzerwaldvereins, des Verkehrs- und Verschönerungsvereins sowie einer Reihe von Persönlichkeiten hat Kunstmaler **Richard Platz** einen Führer von dem historischen Wein- und Luftkurort St. Martin (Rheinpfalz) herausgegeben. Der Führer fällt vor allem durch seine überaus reichhaltige und gelungene Illustration auf. Er wird sicher viele neue Freunde für St. Martin und seinen Wein werben.

Gemeinde-Rundschau

Die Voranschlagsberatungen in Baden-Baden. Als letzte der badischen Städte hat Baden-Baden seinem Bürgerausschuß den Voranschlag für das Wirtschafsjahr 1927/28 vorgelegt. Die Beratungen begannen Donnerstag nachmittag. In seiner Etatsrede sprach Oberbürgermeister **Fieser** ausführlich über die Finanzlage der Stadt. Er betonte, daß die Sicherstellung des Budgets nur durch Sparmaßnahmen, durch die auf Grund des vorjährigen Haushaltsplanes erfolgte Erhöhung der Umlagen usw. zu erreichen war. Eine Neueinführung stellt sich auch in der Gewerbeertragssteuer dar, deren Erhebung durchweg als eine Maßnahme der Gerechtigkeit bezeichnet wurde. Der Redner hob hervor, daß man in Baden-Baden trotz der schweren Krise eine gewisse Etappe des Fortschrittes ereicht habe. Auf dem Gebiete der Bekämpfung der Wohnungsnot und der Arbeitslosigkeit und auf sanitärem Gebiete, insbesondere aber auch in wirtschaftlicher Hinsicht sei Ausgezeichnetes geleistet worden. Es habe sich gezeigt, daß Baden-Baden der Zukunft ruhig entgegensehen könne, wenn stets nach der Devise „Keine Ausgabe ohne Deckung gearbeitet werde. In der Generaldebatte wurde weitere Klage über die Drosselungsversuche des Reiches gegenüber dem Finanzgebahren der Gemeinde geführt. Allgemein wurde auch verlangt, daß die Stadt im kommenden Jahre den Voranschlag auf alle Fälle früher einbringe. Am Freitag wurde der Voranschlag mit allen gegen drei Stimmen angenommen. Als 2. Punkt stand auf der Tagesordnung die Errichtung eines städtischen Sonnenbades nach modernen Gesichtspunkten. Im Stadtrat hatte eine Mehrheit das Projekt eines Strandbades angenommen. In der Bürgerausschußsitzung ergab sich indessen eine andere Lage. Das Zentrum lehnte das Projekt auf Grund einer Verfügung des Bischofes glatt ab und die Sozialdemokraten und die rechtsstehende Vereinigung stimmten gegen die Vorlage, weil sie in dem Entwurf ein Luxusbad sahen. Dafür stimmten nur noch Demokraten und Volkspartei. Angesichts dieser Lage regte der Oberbürgermeister an, die Angelegenheit jetzt zu vertagen und eine Kommission zu bilden, die weitere Beschlüsse in der dringend gewordenen Schwimmbadfrage herbeizuführen habe.

Der Voranschlag von Triberg. Zum Mittwoch abend war der Bürgerausschuß Triberg wieder zusammenberufen worden, um über den städtischen Voranschlag und die Erweiterung des Friedhofs zu beraten. In vorausgehenden Ausführungen besprach Bürgermeister **Keil** die Fragen der Verbesserung der Verkehrswege, der Bahnhofsverlegung, des Wohnungsbaues, der Gasversorgung mit Hornberg und der Umgestaltung des Luftkurortes Triberg in den Badeort Triberg. Der Voranschlag wurde in namentlicher Abstimmung mit 42 gegen 16 Stimmen angenommen. Die Vorlage betreffs der Erweiterung des Friedhofs wurde zurückgezogen, nachdem entgegengesetzte Meinungen bekannt wurden.

Frankfurter Eingemeindung. Die Stadtverordnetenversammlung Frankfurt nahm einstimmig den sozialdemokratischen Antrag an, in Übereinstimmung mit den Gemeindevertretungen von Schwanheim, Griesheim, Sossenheim u. Fechenheim, ohne Rücksicht auf eventuelle weitere Eingemeindungen bei der Staatsregierung um eine baldige Erledigung der bereits abgeschlossenen Eingemeindungen vorstellig zu werden. Da der Magistrat auf dem gleichen Standpunkt steht, ist zu erwarten, daß diese Eingemeindungen bis zum 1. April nächsten Jahres verwirklicht sein werden. —

Berlin baut Europas größtes Volksbad. In eingen Wochen wird Berlin, Bezirksamt Mitte, mit dem Bau des größten und modernst eingerichteten Schwimmbades des Kontinents beginnen. Das Bad wird im Norden Berlins an der Gartenstraße errichtet werden.

Aus der Landeshauptstadt

Deutsche Polizeimeisterschaften in Schwerathletik. Am 23. und 24 September wird der Rest der Deutschen Polizeimeisterschaften in Karlsruhe ausgetragen. Gewichtheben, Hammerwerfen, Steinstoßen und Tauziehen steht auf dem Programm. Insgesamt sind gegen 100 Meldungen aus dem ganzen Reiche abgegeben worden. Den Hauptteil der Kämpfer stellt Preußen mit 30 Teilnehmern. Weitere Meldungen kommen aus Sachsen, Hamburg, Bayern, Braunschweig und Mecklenburg. Eine große Anzahl bekannter Namen aus dem deutschen Schwerathletiksport sind zu finden. So wurde der bekannte Europameister und Weltrekordmann Kühner, Karlsruhe, gemeldet. Von Preußen kommt u. a. Broszeit, Königsberg, Weyland, Köln und Näschen, Berlin. Hamburg entsendet von bekannten Schwerathleten ihre Mitglieder Wolf und Kley. Im Tauziehen wird wohl Preußen und Baden in die Entscheidung kommen. Die badische Mannschaft wurde bei den Meisterschaften des DASV. 91 Zweiter und sollte es dieser Mannschaft gelingen, ihre preußischen Kameraden zu schlagen.

Mit den deutschen Meisterschaften sind gleichzeitig die badischen Meisterschaften im Ringen verbunden. Wiedmaier, Karlsruhe, und Langenbach, Freiburg werden in ihren Klassen wohl Sieger werden. Die weiteren Kämpfer sind ziemlich ebenbürtig.

Auf jeden Fall wird überall guter Sport geboten werden und kann der Besuch der Kämpfe (kostenloser Eintritt) nur empfohlen werden. Sämtliche Meisterschaften finden auf dem Polizeisportplatz bzw. in der Polizeiturnhalle in Karlsruhe statt.

Vorbereitung d. Straßenbahnbaus nach Rintheim. Der Stadtrat Karlsruhe stimmte einem vom Tiefbauamt ausgearbeiteten Programm über die Sicherstellung des zum Bau der **Straßenbahn nach Rintheim** benötigten Geländes zu.

Schwurgericht. Am Montag beginnt die fünfte Tagung des Schwurgerichts Karlsruhe. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Dr. **Rudmann.** Es werden folgende Fälle verhandelt: Montag vormittag 9 Uhr Peter Stöhr, Gießer aus Neckarau wegen Mordversuchs; Dienstag vormittag 9 Uhr: Ottilie Schnoter, Kellnerin aus Hörtal u. Richard Otto Schönherr, Elektrotechniker aus Pforzheim wegen Meineid u. Beihilfe hierzu; Dienstag nachm. ¼4 Uhr: Gustav Friedr. Geisert, Milchhändler aus Langenalb wegen Meineid; Mittwoch vormittag 9 Uhr: Ehefrau Frieda Rebel, geb. Ganz aus Bietigheim, wegen gewerbsmäßiger Abtreibung; Mittwoch nachmittag ¼4 Uhr: Peter Erwin Roll, Arbeiter, Alois Siegwarth, Arbeiter und Adalbert Daum Arbeiter, sämtliche aus Völkersbach wegen Meineid und Anstiftung hierzu; Donnerstag vormittag 9 Uhr: Otto Falk, Zimmermann, aus Oberbeuern wegen Meineid.

Notlandung eines Flugzeugs. Heute, Samstag vormittag 11 Uhr mußte das Verkehrsflugzeug 464, das sich auf dem Flug von Konstanz über Villingen nach Baden-Baden befand, in der Nähe von **Spessart** bei Ettlingen infolge eines Motordefekts notlanden. Unter großen Schwierigkeiten gelang es dem Piloten die Maschine auf einer Wiese abzusetzen. Während die Insassen mit dem Schrecken davonkamen, wurde das Flugzeug beträchtlich beschädigt.

Zum 80. Geburtstag des Reichspräsidenten. Der **Stadtrat Karlsruhe** hat schon unterm 4. August d. J. beschlossen, aus Anlaß des bevorstehenden 80. Geburtstages des Reichspräsidenten von Hindenburg, Ehrenbürger der Stadt, dem Verein Jugendhilfe e. V. zur Einrichtung des von ihm zu erbauenden Kindersolbades in Donaueschingen einen Betrag von 5 000 *RM* aus der Stadtkasse zu stiften und der neu zu erbauenden Handelsschule den Namen „Hindenburgschule" beizulegen. Nunmehr hat der Stadtrat noch einen angemessenen Beitrag zur Hindenburgspende bewilligt. Entsprechend dem wiederholt und eindringlich geäußerten Wunsche des Reichspräsidenten, die Veranstaltung von Feierlichkeiten auf seinen Geburtstag zu unterlassen, sieht der Stadtrat von der Veranstaltung einer städtischen Feier ab. Gleich den staatlichen werden auch die städtischen Gebäude auf den 2. Oktober beflaggt. —

Der Festzug der „Karlsruher Herbsttage". Nachdem die verschiedenen Unterkommissionen des Festzuges „Im Zeichen des Verkehrs" und der Reklamewagenschau am 2. Oktober getagt haben, konnte die technische Hauptkommission für den Zug ihre erste Sitzung abhalten. Da noch täglich viele Meldungen einlaufen, wurde eine genaue Zugsordnung noch nicht festgelegt. Diese bleibt einem besonderen Ausschuß vorbehalten, der sich aus Künstlern und technischen Sachverständigen zusammensetzt. Die schon eingelaufenen Meldungen sichern einen stattlichen Umzug. Der Zug wird sich voraussichtlich, wie seine Vorgänger, in der Kaiserallee aufstellen. Um 11 Uhr marschiert die Spitze am Mühlburger Tor über die Kaiserstraße ab. Der Zugsweg wird so festgelegt, daß möglichst viele Stadtteile berührt werden, so daß überall gute Gelegenheit ist, den Zug zu sehen und keine Überlastung der Kaiserstraße eintritt.

Der Bericht des Karlsruher Studentendienstes über das Geschäftsjahr 1926/27 gibt in übersichtlicher Form einen guten Einblick in die Arbeit des studentischen Wirtschaftskörpers unserer Technischen Hochschule. Die sozialen Hilfsmaßnahmen für den minderbemittelten Teil der Studentenschaft konnte auch im letzten Jahr in gleicher Weise durchgeführt werden wie früher. Die mensa academica gab insgesamt 155 434 Einzelportionen aus. Der Preis des Essens betrug 40 und 50 *Rpf.* Über 70 Studierenden wurde ein Freitisch gewährt. Durch das Fürsorgeamt erhielten 300 Studierende für die Bezahlung der Kolleggelder und in anderen dringenden Fällen kurzfristige Darlehen im Gesamtbetrag von 17 670,40 *RM*, während die Zweigstelle Karlsruhe der Darlehenskasse der Deutschen Studentenschaft, die ebenfalls vom Studentendienst verwaltet wird, an 59 Studierende in höheren Semestern langfristige Darlehen in der Gesamthöhe von 15 370 *RM* ausgab. Beachtenswert ist in der Statistik, daß von den 59 Darlehensnehmern 51 in früheren Semestern die Mittel zum Studium aus Werkarbeit verdient haben. Für Tuberkulosekuren von 8 Studierenden und Ferienaufenthalt von 12 erholungsbedürftigen Studierenden wurde ein Zuschuß von 3 265,06 *RM* gegeben. Die Durchführung der Arbeit wurde durch Spenden des Reiches, des Landes Baden, der Hochschule, der Gemeinschaft ehemaliger Angehöriger der Technischen Hochschule, der Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft und durch die regelmäßigen Beiträge der fördernden Mitglieder des Studentendienstes ermöglicht. Die Gesamtsumme der eingegangenen Spenden und Mitgliederbeiträge betrug 38 185,75 *RM*. Eine ansehnliche Liste von Spendern zeigt, daß die Tätigkeit des Studentendienstes von einem großen Kreise von Freunden getragen wird. Dies kommt auch in der finanziellen Förderung zum Ausdruck, die dem vom Studentendienst vorbereiteten Bau eines Karlsruher Studentenhauses bisher zuteil wurde.

Badische Säuglingsfürsorge-Lotterie. Die aufopfernde und segensreiche Tätigkeit des Badischen Landesverbandes für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge gehört zum Bedeutungsvollsten, was auf dem Gebiete der Fürsorge-Tätigkeit geleistet wird. Nicht nur vorzügliche Kinderheime werden eingerichtet und unterhalten, sonderen auch Schwesternschulen, von wo die ausgebildeten Helferinnen in alle Teile des Landes ausgehen. In zahllosen Fällen bringen sie die einzige aber auch beste Hilfe, sei es im entlegensten Dorfe des Schwarzwaldes, sei es im letzten Winkel der Großstadt. Um dieses segensreiche Werk zu erhalten und zu fördern, findet auch dieses Jahr eine Wohltätigkeits-Lotterie statt, bei welcher hohe Geldgewinne verlost werden. Die Lose kosten nur 1 *RM* und sind bei Lotterie-Unternehmer J. Stürmer, Mannheim O 7, 11 und allen Losverkaufsstellen des ganzen Landes zu haben.

RESIDENZ-LICHTSPIELE
Waldstraße Telephon 5111
LUISE VON COBURG

Kurze Nachrichten aus Baden

Nr. 30 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnungen des Staatsministeriums: zum Vollzug des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927 (Reichsgesetzblatt I Seite 187); Vollzug des Reichsgesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten; des Ministers der Finanzen: Vollzug des Besoldungsgesetzes; **Bekanntmachung** des Ministers des Kultus und Unterrichts: Die Erhebung der Ortskirchensteuer für 1927.

D.Z. **Bruchsal,** 16. September. Auf Anregung des Verkehrsvereins wurde in einer gestern abend einberufenen Versammlung aller in Betracht kommenden Organisationen beschlossen, im September 1928 hier eine große **Gewerbe- und Landwirtschaftliche Ausstellung** zu veranstalten. Alle Vorbedingungen für eine solche Veranstaltung sind gegeben.

D.Z. **Baden-Baden,** 16. September. Seit einigen Tagen wurde in hiesigen Geschäften die Feststellung gemacht, daß sich **falsche 50-Pfennigstücke** im Umlauf befinden. Die Kriminalpalizei stellte Nachforschungen an und verhaftete einen Herausgeber der Falsifikate im **Bahnhof** und zwar einen Ingenieur namens **Keppler.** Ebenfalls verhaftet und dem Landesgefängnis zugeführt wurde die der Mitwisserschaft verdächtigte Ehefrau Kepplers. Bei genauen Haussuchungen wurde eine **vollständige Falschmünzerwerkstatt** zutage gefördert. Keppler gibt auch selbst zu, falsches Geld in kleinen Mengen hergestellt zu haben. Nach dem Ergebnis der polizeilichen Feststellungen handelt es sich um Hunderte von Falschstücken, die ausgezeichnet nachgemacht und zum größten Teil wohl in Baden-Baden in Umlauf gebracht wurden.

D.Z. **Buchen,** 17. September. An zwei der interessantesten und **ältesten Buchener Häusern** wird z. Zt. das alte, zum Teil aus **gotischer Zeit stammende Fachwerk freigelegt;** am Fertigschen Haus in der Kellereistraße, einem alten Patrizierhaus, dem Geburtshaus des berühmten Abtes Gottfried Bessel, dessen Vater kurmainzischer Hauptmann in Buchen war, und am Wohnhaus von Hauptlehrer Trunzer. Bekanntlich verlebte Josef Martin Kraus, der hervorragende frühverstorbene Komponist als Sohn des mainzischen Amtskämmerers in diesem Hause seine Jugendzeit.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wetternachrichten der Badischen Landeswetterwarte. Nach einem meist wolkigen Tage mit nur vorübergehenden leichteren Regenfällen am Vormittag erfolgte heute Nacht der Durchzug des Regengebietes. Der anhaltende Regen lieferte in der Rheinebene bis 29 Liter pro Quadratmeter. Das Tiefdruckgebiet zwischen Schottland und Norwegen hat seit gestern erheblich an Stärke gewonnen und beherrscht jetzt die Witterung ganz Europas. Wir müssen daher weiterhin mit regnerischem Wetter rechnen. Morgen wird sich bei uns voraussichtlich auch bereits die heute über England eingebrochene Polarluft bemerkbar machen. — **Wetteraussichten** für 18. September: Kühler, fortdauernd trüb und meist regnerisches Wetter, unbeständiger Witterungcharakter noch längere Zeit anhaltend. —

Verschiedenes

Heute Könneckes Start zu seinem Langstreckenflug

Anläßlich des Rheinischen Flugturniers in **Köln** haben **Könnecke** und **Graf Solms** beschlossen, heute Samstag mittag ihren angekündigten Langstreckenflug nach Ostasien anzutreten.

Wieder ein Ozeanflug mißglückt

Der englische Hauptmann **Macintosh** ist am Freitag mittag in **Dublin** (Irland) zu seinem Ozeanflug nach Neuyork aufgestiegen. Ihn begleitete Major Fitzmaurice vom Fliegerkorps des irischen Freistaates. Sein Apparat, „Prinzeß Xenia", ist ein Fokkereindecker der 3260 Liter Benzin mitgeführt hat. Das Flugzeug mußte jedoch um 6 Uhr abends noch in Irland am Strande von Beal in der Nähe von Ballybunion in der Grafschaft Kerry notlanden. Beide Flieger blieben unverletzt. Das Flugzeug hatte wiederholt den Versuch gemacht, die Hohe See zu erreichen, wurde jedoch vom Sturm in südlicher Richtung immer wieder zurückgetrieben.

Ausschreitungen vor der Berliner komischen Oper. Freitag abend kam es vor der Komischen Oper in **Berlin** zu schweren Ausschreitungen. Die Oper suchte 40 Statisten. Bis 7 Uhr hatten sich vor dem Gebäude etwa 500 Bewerber versammelt, die das Gebäude zu stürmen versuchten. Die **Polizei** griff jedoch ein und verhaftete einiger der Burschen.

Neue Erdstöße auf der Krim

WTB. **Moskau,** 16. Sept. (Tel.) Heute Nacht wurden in der ganzen Krim erneut **Erdstöße** verspürt. In Laspi bei Sebastopol stürzte der Eliasfelsen ab. Es wurde festgestellt, daß die während des Erdbebens über dem Wasserspiegel zwischen Sebastopol und dem Kap Lukull erschienenen **Feuersäulen** auf einen großen **Einsturz des Meeresgrundes** zurückzuführen sind. Die infolge des Einsturzes hervorbrechenden Gase entzündeten sich bei ihrer Verbindung mit der Luft und bildeten vom Ufer aus sichtbare Feuersäulen und Rauchwolken.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	16. Sept. Geld	16. Sept. Brief	15. Sept. Geld	15. Sept. Brief
Amsterdam 100 G.	168.20	168.54	168.24	168,57
Kopenhagen 100 Kr.	112.38	112.61	112,39	112.61
Italien . . 100 L.	22.87	22.91	22.85	22.89
London . . 1 Pfd.	20.413	20.453	20.417	20.457
Newyork . 1 D.	4.1955	4.2035	4.1975	4.2055
Paris . 100 Fr.	16.455	16.495	16.46	16.50
Schweiz . . 100 Fr.	80.93	81.09	80.98	81.14
Wien 100 Schilling	59.16	59.28	59.19	59.31
Prag. . 100 Kr.	12.439	12.459	12.442	12.462

Kapitalverdreifachung bei der G.D.A. Die Gemeinschaft Deutscher Automobilfabriken, Verkaufsorganisation ihrer Stammwerke und alleinigen Gesellschafter N.A.G.-Hansa-Lloid-Brennabor, wird gemäß einem Beschluß der Gesellschafterversammlung eine Erhöhung ihres seitherigen Stammkapitals von 300 000 *RM* auf 900 000 *RM* erfahren. Das neue Kapital, das die Gesellschafter selbst aufbringen, soll einer weiteren Intensivierung des Geschäftsbetriebes der G.D.A. dienen.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung
Adlerapotheke in Freiburg.

Dem Apotheker Otto **Grießer** in Malsch, Amt Ettlingen, wurde die persönliche Berechtigung zum Betrieb der Adlerapotheke in Freiburg verliehen.

Karlsruhe, den 14. September 1927.

Der Minister des Innern
Remmele.

Maul- und Klauenseuche

Nach den Meldungen der Bezirkstierärzte ist die Maul- und Klauenseuche im Lande Baden erloschen.

Karlsruhe, den 16. September 1927.

Badisches Statistisches Landesamt.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen usw
der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Zuruhegesetzt:

Polizeikommissär Friedrich **Müller** in Karlsruhe.

Unsere
Herbst- und Winter-Neuheiten
in
Herren-Stoffen
sind eingetroffen

Die Mode bevorzugt für Anzüge:
Kammgarne in braunen, pflaumenfarbigen und grauen Tönen mit Phantasie- und Blockkaros und Streifen
Cheviots u. Saxons in lebhaften Farben und Bindungen kommen wieder mehr zur Geltung
Composé: aparte Hosenstreifen mit dazu passenden Unistoffen für Joppe und Weste
Ulsterstoffe in vorwiegend braunen Farbtönen mit karierter Rückseite
Paletotstoffe marengos, schwarz und in den verschiedensten Bindungen
Uni blaue u. schwarze Anzugstoffe f. Gesellschaft u. Tanz in größter Auswahl
Für den Auto- und Jagdsport unterhalten wir ein großes Sortiment geeigneter Stoffe
Alle Stoffarten sind von den einfachsten bis zu den feinsten deutschen und englischen Qualitäten vorrätig, so daß jedermann gedient werden kann

Leipheimer & Mende
G.695

TH. und O. HESSIG
Telephon 105 **Karlsruhe i. B.** Hirschstr. 40
G.524 Gegründet 1878
Beton- und Eisenbeton-Hoch- und Tiefbau
Asphaltierungen
Neuzeitlicher Straßenbau
Spezialität: Soliditit-Betonstraßen D.R.P.

Fohlenmarkt-Lotterie Engen.

Ziehungsliste 1927.

Bei der durch Bad. Justizrat Dr. Rimmelin am 15. September 1927 im Rathaus in Engen vorgenommenen Losziehung fielen auf folgende Losnummern Gewinne:

Los Nr.	Gewinn Nr.	Los Nr.	Gewinn Nr.	Los Nr.	Gewinn Nr.	Los Nr.	Gewinn Nr.	Los Nr.	Gewinn Nr.	Los Nr.	Gewinn Nr.
174	6	1769	56	3688	4	4996	30	6588	35	8397	41
208	60	1770	64	3698	38	5053	19	6728	93	8474	82
212	1	1865	58	3727	83	5198	28	6749	50	8549	98
255	69	1977	3	3734	74	5241	47	6817	37	8573	59
442	77	2143	29	3859	95	5290	70	6855	2	8740	78
538	40	2295	84	4065	62	5449	15	6891	11	8833	49
896	48	2311	10	4252	52	5463	21	6957	81	8913	32
999	51	2350	55	4279	42	5511	39	7120	23	8948	90
1009	87	2464	8	4344	54	5756	89	7134	44	9115	9
1027	91	2792	24	4402	67	5810	27	7245	17	9340	85
1056	20	2884	92	4409	79	5877	45	7305	80	9381	22
1163	61	3142	33	4484	16	6029	25	7314	12	9716	46
1170	5	3173	88	4696	96	6055	94	7362	97	9908	14
1309	7	3304	86	4719	72	6104	57	7705	26	9951	13
1342	76	3484	75	4799	63	6307	43	7893	34	9990	100
1449	71	3576	53	4902	68	6350	73	8135	18		
1736	65	3636	31	4971	99	6584	36	8343	66		

Die Gewinne stehen vom Ziehungstage an auf Rechnung und Gefahr der Gewinner, der Standort der Fohlen und Name des Verkäufers sind bei dem Unterzeichneten zu erfragen. Die übrigen Gewinne sind im Rathaussaal in Engen ausgestellt. Auf Wunsch erfolgt Zusendung auf Kosten des Gewinners. Gewinner, die auf Gewinnausfolgung verzichten, erhalten 85% des Ankaufspreises. Die bis 6. Oktober 1927 nicht abgeholten Gewinne fallen der Stadtgemeinde Engen zu.

Engen, den 15. September 1927.

G701

Der Gemeinderat:
Knupfer, Bürgermeister.

Badische Lichtspiele
KONZERTHAUS
Samstag, 17. Sept. bis Mittwoch, 21. Sept.
jeweils abends 8 Uhr
Mittwoch auch 4 Uhr nachmittags
Sonntag, 18. Sept. nur 4 Uhr nachmittags
Die Erde ruft
und
Wallfahrt eines Herzens
nach dem Roman Jerusalem
von Selma Lagerlöf
Musikbegleitung: Polizei-Kapelle
Vorverkauf: Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstraße. — Preise: 60 *Rpf* bis 1,80 *RM*
Studierende, Schüler und Erwerbslose gegen Ausweis halbe Preise G.703

Möbel
Schlafzimmer
Wohnzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
und Küchen
G.604
kaufen Sie sehr billig bei
Karl Thome & Co.
Möbelhaus — Karlsruhe
Herrenstraße 23
gegenüber der Reichsbank
Franko-Lieferung
Streng reelle Bedienung
Glänzende Anerkennungen
Zahlungserleichterung
Mitglied des Ratenkaufabkommens d. Bad. Beamtenbank

Nächste
Ziehung 7. Okt. 1927
BAD. SÄUGLINGS-GELDLOTTERIE
12500 5000 4000
GESAMT- U. HAUPTGEWINNE
LOS 1 M. 11 STÜCK 10 M
PORTO U. LISTE 30 ₰
Stürmer
MANNHEIM-O 7, 11
POSTSCHK. 17043 K'RUHE
G.702
Hier bei: Lotterie-Einnehmer Zwerg, Maier, Kern, Weil

Nehmen Sie bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung"

L.560. **Engen.** Das Konkursverfahren über das Vermögen der Frau **Theresia Amann,** Inhaberin einer mech. Schreinerei in Engen, wird, nachdem der Schlußtermin abgehalten und der Vollzug der Teilung nachgewiesen ist, nach § 163 K.-O. aufgehoben.

Engen, den 13. Sept. 1927.

Amtsgericht,
Gerichtsschreiberei.

Eisu-Metall-Betten
Stahlmatratz., Kinderbetten günstig an Private. Kat. frei
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Freihändiger Nutzholz-Verkauf

des **Badischen Forstamts Huchenfeld** in Pforzheim (Geschäftszimmer Forststr. 1, Fernruf 2151) etwa 1740 Fm. Tannen- u. 40 Fm. Forlenrundhölzer aus Staatswaldistrikten I, II und III. Angebote nur in ganzen Prozenten d. L. G. P. bis spätestens **22. September 1927, nachmittags 4 Uhr,** erbeten. Auskunft und Listenauszüge durch das Forstamt.

L.534

Pianos
Harmoniums
Sprechapparate
in bester Ausführung
empfiehlt die
Harmonium- und Pianofabrik
H. Goll A. G.
Freiburg
Filiale Karlsruhe
Waldhornstr. 30
nächst der Kaiserstraße
Telephon 6835
Kleine Monatsraten
ohne Anzahlung
G.669

Öffentliche Ausschreibung.

Der Gemeinderat Mörsch vergibt im Wege der öffentlichen Ausschreibung:

1. Die teilweise Kanalisation des Ortes.
2. Die Herstellung einiger neuer Ortsstraßen.
3. Die Materiallieferung zu 1—2/240 lfd. m Zementrohr Durchm. 150 mm, 400 lfd. m Durchm. 300, 800 lfd. m Durchm. 400, 300 lfd. m Durchm. 500, 250 lfd. m Durchm. 800, 400 lfd. m Durchm. 1 000 mm, 8 400 qm Straßenherstellung. G.700

Der Gemeinderat behält sich vor, die Arbeiten getrennt zu vergeben. Pläne und Arbeitsbeschriebe liegen vom 19. bis 24. September d. J. auf dem Bürgermeisteramt zur Einsicht auf. Daselbst sind Angebots-Unterlagen zum Preise von RM. 1.— bezw. RM. 2.— zu haben. Die Angebote sind verschlossen mit der Aufschrift: **Kanalisation** oder **Straßenherstellung** oder **Materiallieferung** beim Bürgermeisteramt Mörsch bis zum **3. Oktober 1927, 10 Uhr vormittags,** einzureichen. Daselbst Öffnung der Angebote am 3. Oktober 10 Uhr. Zuschlagsfrist 3 Wochen. Während dieser Zeit halten sich die Teilnehmer an ihr Angebot gebunden.

Mörsch, 16. Sept. 1927.

Der Gemeinderat:
Deck.

Im Städt. Konzerthaus
Sonntag, 18. Sept. 1927
Zum erstenmal
Unsere kleine Frau
von Avery Hopwood
In Szene gesetzt von
Eugen Schulz-Breiden

Herbert	Prüter
Dodo	Radèmacher
Dr. Elliot	Müller
Fanny	Willer
Bobby	Kloeble
Angelika	Quaiser
Tommy	Schulz-Breiden
Haywood	Graf
Durkee	Mehner
Hogg	Gemmecke

Anfang 7½, Ende 10
I. Parkett 4,20 *RM*

Badisches Landestheater
Sonntag, den 18. Sept. 1927
G 2 Th.-Gem. 801—900
Aida
von Verdi
Musikalische Leitung:
Rudolf Schwarz
In Szene ges. von O. Krauß

König	Vogel
Amneris	Strack
Aida	von Hartung
Radames	Strack
Ramphis	Dr. Wucherpfennig
Amonasro	Rühr
Bote	Kalnbach
Priesterin	Blank

Tänze einstudiert von Edith Bielefeld
Anfang 7½ Ende 10½
I. Rang und I. Sperrsitz 7 *RM*
Di. 20. Sept.: **Florian Geyer.**

Druck G. Braun, Karlsruhe